

Die Situation der israelischen Araber. Eine Herausforderung für den jüdischen Staat?

Die arabische Minderheit in Israel gewinnt zunehmend an politischer Bedeutung. Sie fühlt sich gegenüber der jüdischen Mehrheit benachteiligt und fordert soziale, wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung. Die politisch-nationalen Ambitionen der israelischen Araber könnten den ethnisch-jüdischen Charakter des Staates Israel in Frage stellen. Das Problem der arabischen Bevölkerung wird somit zu einem wichtigen Faktor der israelischen Innenpolitik.

Die arabischen Bürger Israels stellen eine bedeutende Minderheit dar, wurden aber von den Regierungen und Institutionen über Jahrzehnte vernachlässigt. Die hohe Geburtenrate in der arabischen Bevölkerung sowie deren Forderung nach sozialer, politischer und religiöser Gleichberechtigung stellen eine wachsende Herausforderung für den Staat Israel und dessen ethnisch jüdischen Charakter dar. Bereits bei den nächsten Wahlen könnten die arabischen Stimmen über den zukünftigen israelischen Premierminister entscheiden. Das Problem der israelischen Araber entwickelt sich somit zu einem bedeutenden Faktor der israelischen Innenpolitik. Vor dem Hintergrund des 50. Jubiläums der Gründung des Staates Israel tritt die Frage der arabischen Minderheit besonders hervor.

Von etwa 5,7 Millionen Bürgern Israels sind über eine Million Nichtjuden. Die überwältigende Mehrheit davon sind Araber. Es handelt sich dabei um die Nachfahren jener Palästinenser, die nach dem Unabhängigkeitskrieg 1948 innerhalb der Grenzen des neuen Staates Israel geblieben sind. Etwa 150 000 entschieden sich damals, ihre Siedlungen nicht zu verlassen und fortan in einem jüdischen Staat zu leben. Ethnisch, sprachlich, kulturell und emotional blieben sie jedoch mit der arabischen Welt weiter verbunden, was zwangsläufig zu Konflikten mit der jüdischen Mehrheit und schließlich zur Krise der Identität und der Loyalität zum eigenen Staat führte.

Der nichtjüdische Teil der israelischen Bevölkerung ist heterogen. Etwa 19 Prozent der Israelis sind Nichtjuden, 95 Prozent davon sind Araber. 76 Prozent des arabischen Bevölkerungsanteils sind Moslems, 15 Prozent Christen und neun Prozent Drusen. Ein wichtiges Segment der muslimischen Gemeinde sind Beduinen (etwa 150 000 oder 20 Prozent), die zum großen Teil im Süden des Landes (Negev) konzentriert sind, wo sie einen Prozeß der Umsiedlung in feste Wohnsitze durchlaufen. Die Drusen, eine Abspaltung vom Islam mit autonomen religiösen Institutionen, leben vorwiegend im Norden, an der Grenze zum Libanon und auf dem Golan. Die Mehrheit der arabischen Christen ist griechisch-katholisch (37 Prozent) und griechisch-orthodox (30 Prozent). Der Rest sind Katholiken (23 Prozent), Maroniten (fünf Prozent) und andere Konfessionen (fünf Prozent).¹⁾

Die meisten Araber leben in Zentral- und Westgaliläa, im sogenannten großen Dreieck im Norden Israels, vor allem in und um Nazareth. In der Region des Jesreel-Tales und in Akko stellen Araber die Mehrheit. Eine andere arabische Bevölkerungskonzentration befindet sich im sogenannten kleinen Dreieck nordöstlich von Tel Aviv

(zwischen Hadera und Petah Tikva). In den gemischten Städten Akko, Haifa, Jaffo, Lod, Ramla und Jerusalem bilden sie eine starke Minderheit.

Die christlichen Araber – fast 160 000 – machen ca. 15 Prozent der arabischen Bevölkerung aus. Sie leben vorwiegend in den Städten und gelten allgemein als die Moderneren und besser Ausgebildeten unter den Arabern.

Historischer Rückblick

Vor der Gründung des Staates Israel lebten 1,3 Millionen Araber im britischen Mandatsgebiet Palästina, davon 700 000 innerhalb der Grenzlinien, die nach dem Waffenstillstand von 1949 das Gebiet des neuen jüdischen Staates umfaßten. Bis zum Ende des Unabhängigkeitskrieges reduzierte sich diese Zahl auf 150 000, vorwiegend Dorfbewohner und Beduinen. Der Rest flüchtete oder wurde vertrieben.

Die Gründungsväter des jüdischen Staates sahen die Existenz einer arabischen Minderheit nicht vor. Bei der Unabhängigkeitsproklamation wurde jedoch die reale Situation wahrgenommen und im Gründungsdokument des Staates Israel entsprechend berücksichtigt. So heißt es in einem Aufruf an die arabische Bevölkerung in der am 14. Mai 1948 in Tel Aviv verkündeten Unabhängigkeitserklärung u. a.:

“Wir wenden uns – selbst inmitten mörderischer Angriffe, denen wir seit Monaten ausgesetzt sind – an die in Israel lebenden Araber mit dem Aufruf, den Frieden zu wahren und sich aufgrund voller bürgerlicher Gleichberechtigung und entsprechender Vertretung in allen provisorischen und permanenten Organen des Staates an seinem Aufbau zu beteiligen.”

Ferner werden die Prinzipien der Gleichheit und Gerechtigkeit ausgesprochen:

“[Der Staat Israel] wird sich der Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bürger widmen. Er wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten, die Heiligen Stätten unter seinen Schutz nehmen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu bleiben.”

Dieselben Prinzipien wurden in der ersten Regierungserklärung im März 1949 formuliert. In praxi wurde gegenüber den israelischen Arabern jedoch eine ambivalente Politik realisiert. Angesichts des fortwährenden Konfliktes mit den arabischen Nachbarstaaten wurde die arabische Bevölkerung als Risiko für die Sicherheit des Staates angesehen und unter militärische Verwaltung gesetzt. Diese Militärverwaltung, die erst 1966 aufgehoben wurde, führte zu vielen Problemen und hat bei den meisten Arabern ein gespaltenes Verhältnis zum Staat Israel entstehen lassen.

Die Angehörigen der ursprünglich landwirtschaftlich geprägten arabischen Bevölkerung wurden zunehmend in der jüdischen Wirtschaft als Industriearbeiter und im Dienstleistungssektor aufgenommen. Der Wechsel in der Beschäftigungsstruktur ging mit der Konfiszierung erheblicher Teile des arabischen Agrarlandes durch die Militärverwaltung und dessen Umwandlung in Staatsland einher. Diese Entwicklung, begleitet durch die Konfrontation mit der westlich geprägten Kultur der jüdischen Gesellschaft, erschütterte die traditionelle arabische Gesellschaft und führte zu deren gradueller Desintegration.

Auf der anderen Seite bemühte sich der israelische Staat um die Integration der arabischen Bevölkerung. Alle im Lande verbliebenen Araber erhielten die volle Staatsbürgerschaft einschließlich des aktiven und passiven Wahlrechtes. Arabisch wurde als offizielle Sprache anerkannt, obwohl Hebräisch die Staatssprache blieb. Dokumente, Münzen, Geldscheine, Briefmarken sind zweisprachig. Arabisch wurde als Unterrichtssprache in den vom Staat unterhaltenen arabischen Schulen eingeführt. Trotz deutlicher Verbesserungen in vielen Bereichen des arabischen

Sektors, insbesondere im Bildungswesen, wo die Zahl der Studenten an Mittelschulen und Universitäten erheblich angestiegen ist, ist die wirtschaftliche und soziale Integration während der Militärverwaltung kaum vorangeschritten.

Der Sechstagekrieg von 1967 brachte eine bedeutende Wende im Selbstverständnis der israelischen Araber. Erstmals seit der Staatsgründung kamen die Araber Israels wieder in den direkten Kontakt mit der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland und im Gazastreifen. Diese palästinensischen Araber hatten ihren Kampf gegen Israel nicht aufgegeben. Durch die Angliederung der besetzten Gebiete an Israel setzte ein Prozeß der Rückbesinnung auf die palästinensischen Wurzeln ein, der als "Palästinisierung" der israelischen Araber bezeichnet wird.

Dieser Prozeß wurde durch den Jom-Kippur-Krieg 1973 und die darauffolgenden Entwicklungen beschleunigt. Zum ersten Mal wurde die Unbesiegbarkeit Israels in Frage gestellt. Der wachsende wirtschaftliche und politische Einfluß der arabischen Ölstaaten sowie die Anerkennung der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO als des einzigen legitimen Vertreters der Palästinenser trugen zur Stärkung des nationalen Bewußtseins der israelischen Araber bei. Die Rede von Jassir Arafat vor der UNO-Vollversammlung 1974 und die politischen Erfolge der PLO stießen auf Sympathie und Anerkennung bei der arabischen Bevölkerung in Israel. Auch seitens der PLO änderte sich die anfänglich ablehnende Haltung gegenüber den israelischen Arabern, erste gemeinsame Kontakte wurden in den siebziger Jahren in Osteuropa angeknüpft. Vertreter der israelischen Araber äußerten Unterstützung für die PLO und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser.

Der Prozeß der 'Palästinisierung' stand jedoch nicht zwangsläufig im Widerspruch zu einer fortschreitendem Integration der Araber in die israelische Gesellschaft. Parallel zur nationalen und politischen Emanzipation durchlief die arabische Bevölkerung einen intensiven Prozeß sozio-ökonomischer Veränderungen, der Modernisierung und 'Verwestlichung'. Die wirtschaftliche Entwicklung des arabischen Sektors ging mit einem beträchtlichen Anstieg des Lebensstandards einher, der allerdings gleichzeitig neue Erwartungen und Forderungen insbesondere unter jungen Menschen entstehen ließ. Maßgebend ist der Vergleich mit der Situation der jüdischen Bevölkerung. Der Unterschied in nahezu allen Bereichen ist offenkundig: in der Industrialisierung, in der Wohnungssituation, in der kommunalen Infrastruktur, in der Beschäftigung, im Bildungswesen. Diese Diskrepanzen werden infolge des rapiden demographischen Wachstums in der arabischen Bevölkerung immer deutlicher.

Enttäuschung und Frustration über die Vernachlässigung und Benachteiligung seitens der israelischen Regierung führten zur Radikalisierung von Teilen der arabischen Bevölkerung. In den siebziger Jahren kam es zu zahlreichen Protesten, Streiks und Demonstrationen, die 1976 mit den gewaltsamen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem 'Tag des Bodens'²⁾ ihren Höhepunkt erreichten. Dennoch war die Stimmung unter den israelischen Arabern weniger 'revolutionär' als in den besetzten Gebieten, zumal es zunehmend politische Ausdrucksmöglichkeiten verschiedener Art gab. Israelische politische Parteien, sowie vor allem die israelische Dachgewerkschaft Histadrut, öffneten sich den israelischen Arabern und nahmen sich vermehrt der Probleme dieser Gruppe israelischer Staatsbürger an.

Der Einfluß des Friedensprozesses; die Politik der Rabin-Regierung

Der nach dem Golfkrieg beginnende Friedensprozeß und die Vereinbarungen von Oslo zwischen Israel und der PLO vom September 1993 leiteten eine neue Ära in den Beziehungen zwischen Juden und Arabern in Israel ein. Zum einen schwächte sich durch die Errichtung der palästinensischen Autonomieverwaltung der Kontakt zu den Palästinensern und somit auch die Intensität der 'Palästinisierung' ab. Zum anderen ließ die Anerkennung der PLO und des Selbstbestimmungsrechtes der Palästinenser durch Israel Hoffnungen aufkommen, daß sich damit auch die Situation der arabischen Israelis verbessern werde.

Die meisten israelischen Araber betrachteten den israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen und den palästinensischen Städten des Westjordanlandes, die Errichtung einer Autonomieverwaltung und die Abhaltung palästinensischer

sischer Wahlen als einen entscheidenden Schritt zur palästinensischen Selbstbestimmung und somit als erfolgreichen Abschluß des Befreiungskampfes. Das Interesse wurde fortan wieder vorrangig den eigenen Problemen gewidmet. Dies bedeutet allerdings nicht, daß zumindest auf politischer Ebene nach wie vor Solidarität mit der Palästinensischen Verwaltung und der PLO bekundet wird. Bei den gewaltsamen Ereignissen im Zusammenhang mit dem Hebron-Massaker 1994³⁾ oder nach der Eröffnung des Tunnels an der Klagemauer in Jerusalem 1996⁴⁾ kam es zu antiisraelischen Demonstrationen. Tatsache ist jedoch, daß seit Anfang der neunziger Jahre die arabische Politik in Israel vorrangig in eigener Sache engagiert ist.

Ein interessanter Indikator für diesen Trend ist das Maß an Bereitschaft bzw. der Wunsch der arabischen Bürger Israels, in einem palästinensischen Staat zu leben, bzw. dorthin einzuwandern. Meinungsumfragen, die in den acht-ziger Jahren durchgeführt wurden, ergaben, daß 15 bis 20 Prozent der israelischen Araber in einem palästinensischen Staat leben möchten. Jüngste Umfragen von 1998 zeigen einen Rückgang des Interesses auf praktisch Null.

Offensichtlich sind die arabischen Bürger nicht bereit, die demokratischen Verhältnisse in Israel mit der unsicheren Rechtsordnung in den palästinensischen Autonomiegebieten zu vertauschen. Mißstände in der Verwaltung, Korruption und Menschenrechtsverletzungen in den autonomen Gebieten schrecken viele Araber ab, so daß eine wachsende Zahl der israelischen Araber ihren Status als Staatsbürger Israels zu schätzen beginnt. Tatsächlich ist eine verstärkte Identifizierung mit dem israelischen Staat zu verzeichnen. Darüber hinaus ließ die gegenseitige Anerkennung zwischen Israel und der PLO sowie die Errichtung einer palästinensischen Selbstverwaltung bei den hiesigen Arabern den Eindruck entstehen, daß das Bekenntnis zur palästinensischen Nationalität nicht mehr auto-matisch als Untreue oder Absage an den Staat Israel gedeutet werden muß. Mit anderen Worten, die israelischen Araber sehen ihre palästinensische Identität und ihre israelische Staatsbürgerschaft nicht mehr im Widerspruch.

Die aus den Wahlen 1992 hervorgegangene Regierung von Jitzchak Rabin versprach, die Differenzen zwischen den jüdischen und arabischen Teilen der israelischen Bevölkerung möglichst rasch abzubauen. Hier muß erwähnt werden, daß die Rabin-Regierung als Minderheitsregierung in der Knesset von der Unterstützung durch die arabischen Abgeordneten abhängig war. So waren es auch arabische Stimmen, die Rabin verhalfen, das Oslo-II-Abkommen mit knapper Mehrheit in der Knesset durchzusetzen. Rabin bemühte sich wiederum, seine Versprechungen gegenüber den Arabern einzuhalten. Anfang der neunziger Jahre wurden die finanziellen Zuschüsse für die arabischen Gemeinden erheblich erhöht, was zu einer deutlichen Verbesserung in vielen Bereichen führte: im Straßenbau, im Gesundheitswesen, in der Bildung, in der Beschäftigung. Ein wichtiges Zeichen war das 1993 verabschiedete Gesetz, mit dem die Kinderzuschüsse für jüdische und arabische Familien gleichgesetzt wurden. Bisher standen diese Zahlungen nur Familien zu, deren Mitglieder in der Armee dienten (israelische Araber sind vom Wehrdienst befreit).

Trotz dieser Bemühungen ist es der Labour-Regierung nicht gelungen, die Benachteiligungen des arabischen Sektors vollständig abzubauen. Dringende Probleme, vor allem im Schulwesen (arabische Lehrpläne, hohe Ausscheidungsrate unter den Schülern), die Umsiedlung der Beduinen im Negev, die Frage der Anerkennung 'illegaler' arabischer Siedlungen⁵⁾, der Mangel an Wohnungen sowie eine unzureichende wirtschaftliche Entwicklung blieben ungelöst.

Die Bedeutung der Wahlen von 1996, die Politik der Netanjahu-Regierung

Die nach der Ermordung von Jitzchak Rabin auf den 29. Mai 1996 vorverlegten Wahlen zeigten eindrucksvoll, welche Bedeutung das Wahlverhalten der arabischen Bürger Israels für das israelische politische System haben kann.

Zum ersten Mal in der Geschichte Israels wurde der Premierminister direkt gewählt. Die getrennte Stimmabgabe für den Premierminister und für die Knesset hatte für die arabische Wählerschaft zweierlei Bedeutung:

1. Das äußerst ausgeglichene Rennen zwischen den beiden Kandidaten – Amtsinhaber und Rabin-Nachfolger Shimon Peres (Arbeitspartei) und sein Herausforderer Benjamin Netanjahu (Likud) – brachte die Wahlstrategen der Arbeitspartei zur Schlußfolgerung, daß die arabischen Stimmen das Wahlergebnis zugunsten von Peres entscheiden können. Infolgedessen wurde die Wahlkampagne von Peres verstärkt auf die arabische Wählerschaft ausgerichtet.

2. Die getrennte Stimmabgabe veranlaßte viele arabische Wähler, für eine der arabischen Parteien zu stimmen. Noch in den vorangegangenen Wahlen 1992 gaben zahlreiche Araber einer der 'jüdischen' Parteien (Arbeitspartei, Meretz) ihre Stimme.

Die knappe Niederlage von Shimon Peres wurde u. a. auch mit der ungenügenden Unterstützung durch die arabische Wählerschaft erklärt. Die statistischen Daten bestätigen dies jedoch nicht:

Die Wahlbeteiligung der israelischen Araber lag mit 77 Prozent bemerkenswert hoch, es war die höchste Wahlbeteiligung seit 1973 (im Vergleich: 1992 gingen 69,7 Prozent der Araber zu den Wahlurnen). 94,8 Prozent der gültigen arabischen Stimmen gingen an Shimon Peres, sein Herausforderer Netanjahu konnte lediglich 5,2 Prozent der Stimmen für sich gewinnen (zu weiteren Daten vgl. die Tabelle).

Richtig ist jedoch auch, daß 7,2 Prozent der Araber ungültige Stimmzettel abgaben. Dies bedeutete den Wegfall von ca. 19 000 Stimmen, was angesichts des Vorsprungs von 30 000 Stimmen für Netanjahu am Wahlabend ein schwerer Verlust war.

Die Proteststimmen der israelischen Araber sind auf die Politik von Shimon Peres im Zusammenhang mit dem Militäreinsatz im Libanon 'Früchte des Zorns' im April 1996 zurückzuführen. Die als Vergeltung für die Angriffe der Hizbollah auf Städte und Dörfer im Norden Israels von Peres angeordnete Bombardierung des Libanon stieß auf scharfe Ablehnung bei der arabischen Bevölkerung. Die durch die Bombenangriffe der Israelis ausgelösten Flüchtlingsströme von Hunderttausenden von Menschen erweckten bei den Arabern in Israel böse Erinnerungen an die eigene Situation während des Unabhängigkeitskrieges 1948. Der tragische Unfall in Kafr Kana, bei dem über 100 Zivilisten durch israelischen Artilleriebeschuß getötet wurden, rief eine Welle von Protesten gegen Premier-minister Peres hervor. Eine Umfrage Anfang Mai 1996 signalisierte, daß nur noch 47 Prozent der israelischen Araber für Peres stimmen würden. Die Unterzeichnung eines Waffenstillstands mit der Hizbollah beruhigte dann die arabische Bevölkerung und ließ die Sympathien für Peres wieder ansteigen. Durch eine intensive Werbekampagne im arabischen Sektor, großzügige Wahlversprechungen einschließlich der Zusage, im Falle eines Peres-Sieges einen arabischen Minister zu ernennen, konnten die Wählerpräferenzen bei den Arabern wieder bis auf 88 Prozent der Stimmen angehoben werden. Dennoch war dieses Ergebnis nicht ausreichend. Entscheidend für den Wahlausgang war schließlich das Verhalten der jüdischen Wähler, bei denen Netanjahu einen Vorsprung von über zehn Prozent der Stimmen erzielte.

Ergebnisse der Wahlen zum Amt des Premierministers im Mai 1996:

	Araber	Insgesamt
Wahlberechtigt	407 923	3 933 250
Wähler	310 458	3 121 270
Ungültig	19 016	148 681
Gültig	291 442	2 972 589
Prozent der Stimmen	76,1	79,3
Netanjahu	15 072 (5,2 Prozent)	1 501 023 (50,49 Prozent)
Peres	276 370 (94,8 Prozent)	1 471 566 (49,51 Prozent)

(Quelle: Zentrales Wahlkomitee)

Auch der Wahlsieger Netanjahu ist sich der Bedeutung der arabischen Minderheit bewußt. Obwohl seine Likud-Partei kein schlüssiges Konzept für eine Minderheitenpolitik besitzt, war Netanjahu nach seiner Amtseinführung bemüht, einige Gesten des guten Willens gegenüber den Arabern in Israel zu zeigen. Einen Tag nach den Wahlen besuchte er die arabische Stadt Taibeh und verkündete die Absicht, das Problem des sozio-ökonomischen Ungleichgewichts zwischen Juden und Arabern vorrangig anzugehen.

Diese Versprechungen behielten jedoch einen nur deklaratorischen Charakter. Im Unterschied zu seinen Vorgängern Rabin und Peres ist Netanjahu nicht von den arabischen Stimmen in der Knesset abhängig und kann sich somit leisten, das arabische Problem auf die lange Bank zu schieben.

Die Frage der israelischen Araber wird im Parteiprogramm des Likud nur am Rande behandelt. Der Kontext erinnert an die patronisierende Politik der israelischen Regierungen in den fünfziger und sechziger Jahren. Auch im Regierungsprogramm Netanjahus wird das Thema der arabischen Minderheit in nur drei Absätzen erwähnt (die Vorgängerregierung widmete immerhin zehn Paragraphen dieser Thematik). Die Regierung verpflichtet sich, die volle Integrierung der Minderheiten in Israel voranzutreiben, besondere Aufmerksamkeit wird dabei jedoch jenen Minderheiten gewidmet, die ihr Schicksal mit dem jüdischen Volk verbunden haben und loyal zum Staat Israel stehen. Gemeint sind hier Drusen und Beduinen, die traditionell als Freiwillige in der israelischen Armee und in den Sicherheitskräften dienen. Die Mehrheit der Araber bleibt somit ausgegrenzt. Die Regierungsrichtlinien beinhalten ferner das Versprechen, die Finanzmittel für die arabischen Gemeinden zu erhöhen und eine größere Anzahl von Arabern in den öffentlichen Dienst zu übernehmen. Nicht erwähnt werden Probleme wie Wohnungsbau, Schulwesen, Sozialhilfe usw.

Erwartungsgemäß kritisch war die Reaktion der arabischen Führung. Die Regierung wurde bezichtigt, gegenüber den Minderheiten eine Kolonialpolitik zu führen, die nach dem Motto 'Teile und herrsche' die arabische Gesellschaft in verschiedene ethnische und religiöse Gruppen – Drusen, Beduinen, Moslems und Christen – fragmentieren und damit schwächen will.

Vier Monate nach den Wahlen errichtete die Regierung den Posten eines Beraters für arabische Angelegenheiten, die mit einem Ex-Militär besetzt wurde. Etwas später, im Oktober 1996, übertrug Netanjahu dem Minister für Tourismus, Moshe Katzav, ein weiteres Portefeuille mit Zuständigkeit für arabische Angelegenheiten. Angesichts der Tatsache, daß es bereits in den Jahren 1984 bis 1992 ein Ministerium für arabische Angelegenheiten gegeben hat und daß dieses Ministerium von Rabin mit der Begründung abgeschafft wurde, daß ein separates Ministerium für die arabischen Bürger deren Integration eher behindere als unterstütze, ist dieser Schritt als fragwürdig zu beurteilen.

Während der ersten zwei Regierungsjahre hat das Ministerium von Moshe Katzav keine nennenswerten Fortschritte herbeigeführt. Im Gegenteil: In vielen arabischen Gemeinden hat sich die finanzielle Situation drastisch verschlechtert, da die kommunalen Etats nicht den steigenden Kosten angepaßt wurden – im Unterschied zu den jüdischen Gemeinden. Ende 1996 organisierten Vertreter der arabischen Kommunen ausgedehnte Protestaktionen, die in einer 40 Tage dauernden Demonstration in einem Protestzelt vor dem Büro des Premierministers gipfelten.

Die islamische Bewegung

Nutznießler dieser Situation ist die islamische fundamentalistische Bewegung. Der islamische Fundamentalismus hat seit den späten siebziger Jahren seine Machtposition in der arabischen Gemeinde in Israel kontinuierlich ausgebaut. Der Prozeß der Islamisierung bekam insbesondere nach dem Sechstagekrieg Aufschub. Durch die Besetzung der Westbank und des Gazastreifens bekamen israelische Araber erneut Zugang zu den Heiligen Städten des Islam in der Altstadt von Jerusalem und in Hebron. Eine Intensivierung der religiösen Praxis führte ab Mitte der

siebziger Jahre vor allem unter den politisierten israelischen Arabern ländlicher Herkunft zu einem allgemeinen religiösen Erwachen. Diese Entwicklung wurde bis zu einem gewissen Maße vom israelischen Staat gefördert. Das Ziel dieser Förderung war dabei zweifellos der Versuch, die politische Bedeutung der PLO zu schwächen. Ab 1978 wurden den israelischen Arabern Pilgerfahrten nach Mekka ermöglicht. Die islamische Revolution im Iran 1978 und die Ermordung des ägyptischen Präsidenten Sadat im Jahre 1981 brachten auch in den Gebieten unter israelischer Kontrolle einen revolutionären Islam zum Vorschein. Die Folge war eine 'Bewegung zurück zum Islam', welche sich Anfang der achtziger Jahre schließlich in eine fundamentalistische Strömung, die islamische Bewegung in Israel, unter der Führung des Scheikh Abdullah Nimr Darwish weiterentwickelte. Scheikh Darwish verfolgt einen nichtmilitanten Weg, angelehnt an die klassische Strategie einer evolutionären religiös-politischen Wende der Moslebruderschaft. Die islamische Bewegung konzentriert sich auf die kommunalen, sozialen Belange der Bevölkerung in den arabischen Dörfern und Gemeinden Israels. Sie fördert Entwicklungsprogramme und erweitert die Freizeitangebote für Jugendliche (Büchereien, Fußballklubs, sonstige Sporteinrichtungen). In relativ kurzer Zeit hat sich der Charakter der arabischen ländlichen Gesellschaft geändert. Der Gang zur Moschee ist in den Dörfern zur Selbstverständlichkeit geworden, die Männer lassen sich Bärte wachsen und tragen die traditionellen langen Talare. Die Islamische Bewegung mobilisierte die islamischen Gemeindemitglieder, hielt sie zu sozialem Engagement an und machte damit zum Teil die israelischen Versäumnisse wett. Freiwillige bauten Straßen, errichteten Bushaltestellen mit separaten Warteräumen für Männer und Frauen, eröffneten Kindergärten, Büchereien und Kliniken. Die Selbsthilfebemühungen der Islamisten stärkten das allgemeine Verantwortungsbewußtsein der arabischen Bevölkerung. Dieser Bewußtseinsprozeß konnte auch politisch genutzt werden und äußerte sich in beachtlichen Gewinnen bei den Kommunalwahlen 1989 und 1993.

Arabische Politik in Israel

Komplizierter als der Kampf um Gleichberechtigung auf materieller Ebene ist die Forderung der Araber nach politisch-nationaler Gleichstellung.

Seit Anfang der neunziger Jahre hat sich die aktive Teilnahme der arabischen Gemeinschaft am politischen Leben Israels deutlich erhöht. Wie schon erwähnt, erreichte die Wahlbeteiligung der israelischen Araber 1996 mit 77 Prozent den höchsten Stand seit 1976 (80 Prozent) und glich sich erstmals der allgemeinen Wahlbeteiligung in Israel an (79 Prozent).

Elf Vertreter der israelischen Araber schafften den Einzug in die Knesset (120 Sitze) – die bisher größte Zahl seit der Gründung des Staates (vier für die Hadasch-Partei, vier für die Vereinigte Arabische Liste, zwei für die Arbeitspartei und einer für Meretz).

Die hohe aktive und passive Teilnahme der arabischen Bürger an den Wahlen sind ein Indikator dafür, daß die Mehrheit der arabischen Bevölkerung durch politisches Engagement am Entscheidungsprozeß im Lande beteiligt sein möchte. In einer Umfrage der Tel Aviver Universität⁶⁾ vom November 1997 sprachen sich 80 Prozent der befragten arabischen Bürger dafür aus, daß ein Araber als Minister die Regierungspolitik mitgestalten soll.

Dies bedeutet, daß eine klare Mehrheit der israelischen Araber die Knesset (bzw. die Regierung) als Mittel für politische Aktivitäten sieht. Mit anderen Worten, Israels Araber wollen ihre Ziele auf demokratischem Wege durch politischen Kampf im Rahmen des bestehenden Systems erreichen. Die demographische Entwicklung verschafft ihnen zunehmende politische Bedeutung. Die Geburtenrate der Araber liegt mit drei Prozent im Jahre etwa doppelt so hoch wie bei der jüdischen Bevölkerung. Bereits heute stellen die arabischen Stimmen zwölf Prozent des gesamten Wählerpotentials dar.

Das 1996 eingeführte neue Wahlsystem mit getrennter Abstimmung für den Premierminister und die Knesset führte bei den arabischen Wählern dazu, daß sie nicht die Partei des jeweiligen Kandidaten für das Premierministeramt wählten, sondern ihre zweite Stimme für eine der arabischen Parteien abgaben, die sich direkt

für Ihre lokalen Bedürfnisse und Probleme einsetzen. Infolgedessen schafften zwei neue politische Vereinigungen der israelischen Araber den Einzug in die Knesset. Bislang waren zwei sogenannte arabische Parteien in der Knesset vertreten – die Kommunistische Partei Hadasch und die Arabische Demokratische Partei. Hinzu kamen 1996 die Nationale Demokratische Allianz (NDA) und die Islamische Bewegung in Israel.

Die Nationale Demokratische Allianz hat sich aus mehreren kleineren Linksparteien unter der Führung von Dr. Azmi Bishara, einem ehemaligen kommunistischen Aktivist aus Nazareth, formiert. In ihrem Parteiprogramm fordert die NDA die Änderung der Definition des Staates Israel als "jüdischer Staat" in einen "Staat für alle seine Bürger", und Gewährung eines Sonderstatus als "nationale Minderheit" für die arabische Bevölkerung Israels. Die NDA kandidierte auf einer gemeinsamen Liste mit Hadasch.

Ein neuer politischer Faktor in der Knesset ist seit 1996 die Islamische Bewegung in Israel. Erst kurz vor den Wahlen, im März 1996, hob die Islamische Bewegung ihren langjährigen Boykott der Knessetwahlen auf und beschloß, auf einer gemeinsamen arabischen Parteienliste unter der Führung eines Kandidaten der Islamisten in den Wahlkampf zu gehen. Hinter diesem Beschluß, den der Anführer des pragmatischen Flügels, Scheikh Darwish, durchgesetzt hatte, lag die Absicht, das zersplitterte arabische Parteienspektrum zu einigen und eine Fragmentierung des arabischen Wählerpotentials zu verhindern. Darwish hatte sich bereits seit den achtziger Jahren bemüht, eine einheitliche arabische Liste aufzustellen, ist jedoch vor allem an der Opposition innerhalb der eigenen Islamischen Bewegung gescheitert. So führte auch der Beschluß über die Teilnahme an den Wahlen zu einer parteiinternen Krise, die die Abspaltung von zwei radikalen Führern der Islamisten, Scheikh Kamal Khatib und des Bürgermeister von Umm el-Fahm, Ra'ïd Salah, zu Folge hatte. Der pragmatische Flügel der Islamischen Bewegung schloß sich mit der Arabischen Demokratischen Partei (ADP) von Abd al-Wahab Darawshe zu einem Bündnis Vereinigte Arabische Liste (VAL) zusammen. Spitzenkandidat der VAL wurde Abd-al Malik Dahamshe, ein Islamist aus Kafr Kana.

Hadasch, die im Wahlbündnis mit der NDA kandidierte, erhielt 37 Prozent der arabischen Stimmen (1992: 23,2 Prozent), was die Erringung von fünf Knessetmandaten bedeutete. Zusätzlich erhielt Hadasch (auf deren Liste auch Juden kandidierten) noch einige tausend jüdische Stimmen, etwa die Zahl für ein halbes Mandat. Ähnlich konnte auch die ADP dank des Bündnisses mit den Islamisten Stimmengewinne verzeichnen: die Vereinigte Arabische Liste erhielt 25,4 Prozent der arabischen Stimmen (ADP 1992 nur 15,2 Prozent) und zog mit vier Abgeordneten in die Knesset ein.

Ergebnisse der Wahlen zur Knesset 1996

	Araber	Insgesamt
Wahlberechtigt	407 923	3 933 250
Wähler	315 522	3 119 832
Wahlbeteiligung	77,3	79,3
Parteien, für die Araber gestimmt haben:		
Arbeitspartei	50 780 (16,6 Prozent)	818 570 (26,8 Prozent)
Likud-Gesher-Tsomet	7 568 (2,2 Prozent)	767 178 (25,1 Prozent)
Meretz	30 822 (10,5 Prozent)	226 257 (7,4 Prozent)
Hadasch-NDA	122 435 (37 Prozent)	129 455 (4,2 Prozent)
VAL	87 884 (25,4 Prozent)	89 513 (2,9 Prozent)
Sperrklausel: 1,5 Prozent		

(Quelle: Zentrales Wahlkomitee)

Die Stimmengewinne für die arabischen Parteien gingen zwangsläufig auf Kosten der zionistischen Parteien, namentlich der Arbeitspartei und des Likud. Als einzige zionistische Partei konnte das linke Meretz-Bündnis einen leichten Zuwachs verzeichnen, vor allem dank der liberalen Politik ihres früheren Erziehungsministers.

Trotz der Stärkung der Vertretung von Arabern in der Knesset ist ihr Einfluß auf die israelische Regierungspolitik nicht gewachsen. Als Teil der Opposition haben sie keinen unmittelbaren Einfluß auf die Regierungspolitik. Darüber hinaus gibt es auf seiten der politischen Rechten Tendenzen, die Legitimität der arabischen Stimmen bei Entscheidungen über die Verhandlungen mit den Palästinensern in Frage zu stellen.

Angesichts dieser Situation werden in arabischen politischen und intellektuellen Kreisen alternative Szenarien zur Durchsetzung der arabischen politischen Ziele entwickelt. So wurden zum Beispiel Ende 1997 Stimmen hörbar, die die Aufstellung eines arabischen Kandidaten für das Premierministeramt bei den nächsten Wahlen forderten. Die Idee fand beim arabischen Publikum sehr positiven Anklang.

Die bereits erwähnte Studie der Tel Aviver Universität unter israelischen Arabern vom November 1997 fand heraus, daß 75 Prozent der Respondenten die Kandidatur eines Arabers für das Amt des Premierministers unterstützen. Würden Premierminister Benjamin Netanjahu und sein derzeitiger Herausforderer von der Arbeitspartei, Ehud Barak, kandidieren, gäben 52,3 Prozent ihre Stimme Ehud Barak (zum Vergleich: Shimon Peres erhielt bei den letzten Wahlen 94,7 Prozent der arabischen Stimmen), lediglich 3,2 Prozent würden für Netanjahu stimmen. Der Rest war entweder unentschlossen oder würde nicht wählen.

Im Falle eines dritten, arabischen Kandidaten sähe die Situation folgendermaßen aus:

Die Zahl der Stimmen für Netanjahu wäre mit 2,7 Prozent ähnlich niedrig, die Präferenzen für Barak würden jedoch bis auf 30 Prozent sinken. 45 Prozent der arabischen Stimmen würde der arabische Kandidat erhalten.

Dem Wahlgesetz nach muß der siegreiche Kandidat für das Premierministeramt mindestens 50 Prozent der Stimmen erhalten, andernfalls wird eine Stichwahl durchgeführt, in der die Entscheidung für einen der beiden erfolgreichsten Bewerber fällt. Die Umfrage zeigt, daß der Spitzenkandidat der Arbeitspartei sich keineswegs der arabischen Stimmen bei den nächsten Wahlen sicher sein kann. Ehud Barak wird beim arabischen Publikum als eine andere Version von Netanjahu empfunden, viele Araber stört die militärische Vergangenheit des Labour-Vorsitzenden (Barak war bis 1994 Generalstabschef). Eine Stichwahl würde bedeuten, daß der nächste Premierminister nur mit Hilfe der arabischen Stimmen gewinnen kann und somit eher bereit sein wird, sich mit den Problemen der israelischen Araber auseinanderzusetzen.

Diese Szenarien zeigen, daß die Bedeutung der arabischen Politik in Israel in der nächsten Zukunft weiter zunehmen wird. Die Forderung der Araber nach einem "Staat für alle seine Staatsbürger" könnte den exklusiv jüdischen Charakter des Staates Israel in Frage stellen. Obwohl Israels Araber formell vollwertige Staatsbürger sind, werden ihnen doch einige Rechte nicht zugestanden. Die Gültigkeit des 'Rückkehrgesetzes' ausschließlich für Juden, die Freistellung der Araber vom Wehrdienst (und die damit verbundenen sozialen Benachteiligungen) sind nur zwei Beispiele. Etliche weitere Komplikationen ergeben sich aus der Zuständigkeit der religiösen Institutionen für Fragen des Personenstandes (Eheschließungen, Scheidungen, Begräbnisse, Erbschaften). Die arabische Bevölkerung kann und will die Ideologie und die nationalen Ambitionen der jüdischen Mehrheit nicht teilen und beansprucht für sich Gleichberechtigung im Sinne der Unabhängigkeitserklärung.

Dennoch: die meisten israelischen Araber sehen Ihre Zukunft als nationale Minderheit im Rahmen des Staates Israel. Dies ist eine Basis, auf der Gleichberechtigung und Koexistenz von Juden und Arabern in einem gemeinsamen Staat geschaffen werden kann. Es ist zugleich ein Bonus, der von der israelischen Regierung und den übrigen politisch Verantwortlichen im Lande nicht verspielt werden sollte.

- 1) In zwei Dörfern im Norden Galiläas leben ca. 3000 Tscherkessen, sunnitische Muslime, deren Vorfahren aus dem Kaukasus stammen. Sie kämpften bereits während des Unabhängigkeitskrieges in der israelischen Armee.
 - 2) Am 30. März 1976 wurden bei gewalttätigen Auseinandersetzungen um die Enteignung arabischen Bodens im Norden Isra-els von der israelischen Polizei sechs Araber erschossen. Von der arabischen Bevölkerung wird des Tages alljährlich mit Pro-testaktionen gedacht.
 - 3) Am 25. Februar 1994 wurden in der Grabstätte der Patriarchen in Hebron von Baruch Goldstein, einem fanatischen jüdi-schen Siedler aus Kiriyyat Arba, 29 betende Moslems erschossen.
 - 4) In der Nacht zum 24. September 1996 wurde der Ausgang zu einem archäologischen Tunnel im muslimischen Viertel in der Jerusalemer Altstadt eröffnet. Der Tunnel, dessen Zugang sich in unmittelbarer Nähe zur Klagemauer befindet, verläuft entlang der westlichen Mauer zum Tempelberg. Die Palästinenser reagierten auf diesen vermeintlichen Angriff auf die heiligen islami-schen Stätten (die Al-Aqsa Moschee und den Felsendom auf dem Tempelberg) mit gewalttätigen Protestaktionen, die in bewaffnete Zusammenstöße zwischen israelischen und palästinensischen Sicherheitskräften mündeten. 15 Israelis und 60 Palästinenser kamen dabei ums Leben.
 - 5) Es handelt sich dabei um arabische Dörfer, die ohne Genehmigung des Innenministeriums gegründet wurden und denen der Status einer Kommune aberkannt wird.
 - 6) Moshe Dayan Center for Middle Eastern and African Studies der Universität Tel Aviv (Hrsg.), *Political Positions of the Arab and Druze Population in Israel – Results of a Public Opinion Survey*, Tel Aviv 1997.
-

Literaturhinweise

Sarah Ozacky-Lazar/As'ad Ghanem, *The Arab Vote in the Elections of the 14th Knesset*, 29 May 1996, Data and Analysis, Nr. 5, Moshe Dayan Center for Middle Eastern and African Studies der Universität Tel Aviv.

Elie Rekhess, "Israel's Arab Citizens and the Peace Process", in: Robert O. Freedman (ed.), *Israel under Rabin*, Westview Press, 1995, S. 200.

Elie Rekhess, "Resurgent Islam in Israel", in: *Asian and Algerian Studies*, 27, Nr. 1 und 2, März-Juli 1993, S. 189 – 206.

Moshe Dayan Center for Middle Eastern and African Studies der Universität Tel Aviv (ed.), *Political Positions of the Arab and Druze Populations in Israel – Results of a Public Opinion Survey*, Dezember 1997.

Susan Hattis Rolef (ed.), *Political Dictionary of the State of Israel*, Jerusalem, 1993.

"Kein Platz im jüdischen Staat – Islamische Bürger zwischen Zurückhaltung und Radikalismus", in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 7. Juli 1998.

Das Manuskript wurde am 17. September 1998 abgeschlossen.

Jan Šenkyr war von 1995 bis 1998 Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Israel. Seit dem 1. Oktober 1998 ist er in der Zentrale der Stiftung für Ost- und Südosteuropa zuständig.